

**Herzliche Grüße  
und Wünsche zum  
8. März,  
dem Internationalen  
Frauentag**



Foto: Michael Grunst

„Wir punkten für unser Projekt!“

## Ein Beispiel für andere

Von Christina Emmrich

Lichtenberg ist auf dem Weg zur Bürgerkommune. Das zeigten die 500 Personen auf der Abschlussveranstaltung für den Bürgerhaushalt 2008 am 17. Februar.

Das Lichtenberger Projekt ist inzwischen bundesweit bekannt: Erfahrungsaustausche und Vorträge in Leipzig, Rostock, Köln, Dortmund, Dresden, Frankfurt/Main, Potsdam und Bonn zeigen das große Interesse an uns. Hinzu kommen ungezählte Interviews für Fach- und Tageszeitungen sowie im Rundfunk. Fast scheint es, anderswo würde unsere Arbeit auf diesem Gebiet mehr geschätzt als bei uns.

Es ist die Linkspartei.PDS, die diesen Prozess in Gang gebracht hat und sein Motor ist – das verblüfft die anderen am meisten. Ein über Parteigrenzen hinweg funktionierendes Projekt ist halt noch immer nicht das Normale in der Politik.

Anerkennung finden wir auch wegen der Gründlichkeit und Nachhaltigkeit, mit der wir beim Bürgerhaushalt vorgegangen sind. Im Unterschied zu Porto Alegre ist bei uns der Bürgerhaushalt „von oben“ entstanden. Dass wir das in den nächsten Jahren systematisch umkehren wollen, findet ebenfalls große Beachtung.

„Macht Ihre Verwaltung denn einfach so mit?“ ist eine der häufigsten Fragen in den Diskussionsrunden. Auch hier zeigt sich, dass Lichtenberg mit seiner Verwaltung anderen Kommunen viel voraus hat.

In den nächsten Wochen werde ich in Stendal, noch einmal in Köln sowie in Bremen über den Bürgerhaushalt berichten. Aber auch Beamte „meiner“ Verwaltung werden viele Termine außerhalb Berlins wahrnehmen. Lichtenberg ist in Sachen Bürgerhaushalt erfolgreich unterwegs.

## Der Funke ist überggesprungen

Der Lichtenberger Bürgerhaushalt hat in Berlin eine Initialzündung ausgelöst: Auch in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick haben die Bürger aktiv ihren Bezirkshaushalt mitgestaltet; in fünf weiteren Bezirken sind wichtige Elemente eines Bürgerhaushaltes eingeführt worden. Rot-Rot will – so die Koalitionsvereinbarung – Bürgerhaushalte ausweiten und auch auf den Landeshaushalt über-

tragen. Nach nur zwei Jahren Bürgerhaushalt ist all das schon beeindruckend – und bundesweit einmalig.

Das rot-rote Konzept der Bürgergesellschaft Berlin zeigt nachhaltige Wirkungen. Neben dem Bürgerhaushalt besteht es vor allem aus weitreichender direkter Demokratie, Mitbestimmung und Mitsprache, aus Erleichterungen im Wahlrecht und einer bürgernahen Dienstleistungsverwaltung. Lichtenberg ist dabei ein Pionier, aber inzwischen auch Teil einer Gesamtentwicklung.

Natürlich sind wir gut beraten, uns auch in Lichtenberg die Messlatte hoch anzulegen. Vier- bis fünftausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind nicht optimal. Auch war das Verfahren 2006 holpriger als 2005, als die rot-rote Landesregierung das Experiment in Lichtenberg mit über 100 000 Euro finanzierte, professionelle Hilfe in Anspruch genommen und bezahlt werden konnte. Auch war diesmal nicht zu übersehen, dass bestimmte Interessengruppen in Busladungsstärke ihre Punkte bei einem für sie wichtigen Projekt klebten. Für die notwendige Optimierung des Verfahrens gibt es aber schon jetzt viele Erfahrungen – das ist wahrscheinlich der größte Erfolg unseres Beispiels. Peter-Rudolf Zotl



Foto: J. Rückmann

## Oskar kommt!

„Für eine starke sozialistische Linke in Berlin“ – Forum mit Oskar Lafontaine, FHTW, Hörsaal 208, Treskowallee 8  
Donnerstag, 8. März, 18.30 Uhr

## In dieser Ausgabe

- Stalinismusdebatte (Seite 2)
- Interview mit der Lichtenberger Gleichstellungsbeauftragten (Seite 3)
- Abschlussveranstaltung zum Bürgerhaushalt 2008 (Seite 4)
- Parteibildungsprozess WASG – Linkspartei.PDS in Berlin (Seite 5)



## Was ist Stalinismus?

Nachdem die Öffentlichkeit mit der Aufstellung des Gedenksteins „Den Opfern des Stalinismus“ in der Gedenkstätte der Sozialisten vor vollendete Tatsachen gestellt wurde, ist eine öffentliche Aussprache notwendig. Das dringende Bedürfnis nach mehr Klarheit in dieser Sache führte über 60 Interessierte in das Lichtenberger Sonntagsgespräch am 28. Januar.

Professor Stefan Doernberg skizzierte einleitend Entstehung, „Wanderung“ und Bedeutungswandel des „Stalinismus“. Dieser Begriff wurde zuerst von Leo Trotzki in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gebraucht und gehörte seitdem zum politischen Wortschatz der IV. Internationale. Stalin und die Komintern (III. Internationale) nahmen diesen Begriff nicht auf, revanchierten sich aber mit dem Begriff „Trotzkismus“. Auch im Kalten Krieg sei dieser Begriff von keiner Seite gebraucht worden. Erst in der Wende 1989/90 kam er wieder auf. Die SED/PDS gebrauchte ihn, um die Entschiedenheit ihrer Anstrengungen um eine Erneuerung des Sozialismus zu verdeutlichen. Das war, so Stefan Doernberg, nicht nur verständlich, sondern auch aus heutiger Sicht völlig richtig. „Stalinismus“ sei ein politischer Begriff, als wissenschaftlicher Begriff aber untauglich, weil unklar, verschwommen. Am ehesten sei er noch als Bezeichnung der Stalin-Ära und der in dieser Zeit verübten Verbrechen verwendbar. Das erkläre auch den Streit um den „Stein“. Niemand könne genau sagen, wer mit den „Opfern des Stalinismus“ gemeint sei.

Prof. G. Benser und Prof. R. Löttsch meinten, in diesem Punkte dem Referenten widersprechend, dass „Stalinismus“ durchaus als Bezeichnung für ein bestimmtes gesellschaftliches System, mit bestimmten Qualitäten politischer Macht und wirtschaftlicher Verfassung, verwendet werden kann und sollte.

Stadtrat Dr. A. Prüfer sprach eindringlich von dem Unrecht und den Verfolgungen, die Andersdenkende in der DDR erleiden mussten. Er brachte damit die Beweggründe der Initiatoren und Befürworter dieses „Steins“ auf den Punkt: Es geht nicht nur, und nicht in erster Linie, wie die Initiatoren dieses Steins behaupten, um das Gedenken nur der Opfer Stalinschen Terrors! Stünde auf dem Stein „Den deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten, die dem Stalinschen Terror zum Opfer fielen“, gäbe es diese Empörung nicht. Dass mit diesem Stein, im Unterschied zu al-

len anderen Steinen auf diesem Friedhof, Menschen geehrt würden, die hier nicht begraben liegen, wäre sicher akzeptiert worden. Der Einwurf, dass alle Opfer des „Stalinismus“ zu ehren seien, vergisst, dass es sich hier um eine Gedenkstätte der Sozialisten handelt. In den Holocaust-Ehrenmalen wird verständlicherweise auch nur an jene Sozialisten erinnert, die Juden waren.

Nach Dr. Prüfer sollen mit diesem Stein alle in der DDR Verfolgten geehrt werden, und nicht nur diejenigen, die ihr Leben lassen mussten. Dass es sich hier um einen Friedhof handelt, wird gänzlich vergessen.

Mit der Anklage des „Stalinismus“ werden alle ehemals sozialistischen Länder gewissermaßen über den „Hinterkopf“, und ohne dies ausdrücklich zu sagen, für die Verbrechen in der Stalinzeit politisch-moralisch in Haft genommen. Und so wird durch diesen Stein auch die DDR auf die Anklagebank gerückt. Darum geht es m. E. wirklich: „Stalinismus“ ist heute nicht mehr ein Wort, das in den Bemühungen um die Erneuerung der DDR gebraucht wird; er ist ein Kampfbegriff zur pauschalen Verteufelung der DDR. Es geht also nicht um abgehobene Begriffsklauberei, sondern darum, welcher Inhalt heute dem „Stalinismus“ zugeordnet wird. Die Empörung über diese Art von Geschichtsaufarbeitung, auch über die Art und Weise, wie sie in Szene gesetzt wurde, war in dieser Versammlung nahezu einhellig.

Geradezu erschütternd für mich waren die Auskünfte darüber, wie dieser Gedenkstein überhaupt zustande kam. Mancher Verantwortungsträger der Linkspartei im Bezirk erfuhr von diesem Stein erst aus der Presse. Ebenso Professor G. Benser, Gründungsmitglied des Förderkreises „Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde“. Aus Protest gegen dieses Vorgehen sind

G. Benser und andere aus diesem Förderkreis ausgetreten. Er könne, so Genosse Benser, die wiederholten, über die Köpfe der Vereinsmitglieder hinweg gefällten Entscheidungen des Vorstandes nicht mehr tolerieren. Schon gar nicht in dieser Sache. Vor allem müsse er dem Vorstand eines Vereins, der sich „Förderkreis Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Friedrichsfelde e.V.“ nennt und im Web sich mit „Sozialistenfriedhof“ vorstellt, darin widersprechen, dass mit diesem Stein alle Opfer des Stalinismus, ohne Ausnahme, geehrt werden sollten. Eine Gedenkstätte der Sozialisten sei nicht der Ort, um Leuten ein Denkmal zu setzen, die keinen Bezug zur Arbeiterbewegung hatten oder gar ihre erklärten Gegner waren.

Der Antrag auf die Errichtung dieses Steins ging vom Vorstand des Förderkreises aus, dessen Vorsitzender Holger Hübner (SPD) ist und dem Prof. Jürgen Hofmann von der Linkspartei angehört. Diskutiert wurde dieser Antrag im Kulturausschuss der BVV, dessen Vorsitzender gleichfalls J. Hofmann ist.

Ohne Frage stehen die Demokratischen Sozialisten in Lichtenberg politisch-moralisch in einer besonderen Obhutspflicht für diese Gedenkstätte von internationaler Bedeutung. Sie konnten nicht verhindern, dass diese Pflicht, die mit ihr verbundene Erinnerungskultur massiv beschädigt wurde, weil sie überumpelt wurden. Auf eine Art und Weise, die den Streitern wider den „Stalinismus“ sehr schlecht ansteht.

*Prof. Harry Nick*

### ● Anmerkung der Redaktion:

Mit dem Beitrag von Harry Nick schließt „info links“ die Diskussion zu diesem Thema ab. Natürlich können wir einander weiter „gedenksteinigen“, dann aber fehlt der Platz für andere wichtige Themen.

## Keine Geschichtsfälschung!

In „info links“ 1/07 bringt Ihr Meinungen zum „Stein des Anstoßes“. Leider nur sehr einseitig. Warum? Wo ist die Position der KPF? Die vielen anderen Meinungen werden gar nicht erwähnt. So einfach kann man es sich mit dem Stalinismus nicht machen. Das ist die übliche Haltung des Berliner Landesvorstandes der Linkspartei.PDS, die leider die Meinung vieler Genossen der Basis negiert.

Ich dachte immer, dass „info links“ informieren und sich nicht an der verordneten Geschichtsfälschung beteiligen will. *Hans Bauer*

**nonpd**  
NPD-Verbot jetzt!

Unter diesem Motto hat die VVN-BdA bundesweit zu einer Unterschriftensammlung aufgerufen. Der Auftakt in Berlin fand am 26. Januar vor dem Bundestag neben dem Denkmal für die ermordeten Reichstagsabgeordneten statt. Den Abgeordneten des Bundestages sollen mehr als 100 000 Unterschriften präsentiert werden. Die Listen liegen in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS aus. No NPD! – kommt und unterschreibt! *Gisela Lingenberg*



## Kiezspaziergang

Mit den Nachbarn ins Gespräch kommen, Ideen und Kritik aufnehmen, dafür sind die regelmäßigen Kiezspaziergänge mit der Bezirksbürgermeisterin immer wieder eine gute Gelegenheit.

Trotz eisiger Temperaturen trafen sich am 10. Februar 50 interessierte Bürger in der Alfred-Kowalke-Straße. Hier in Friedrichsfelde Ost gibt es soziale Probleme in einzelnen Häusern. Das Jugendamt unterstützt mit Familienhelfern. Die Kindertagesstätte „Märcheninsel“ in der Charlottenstraße, die dank dem Engagement der Linkspartei.PDS nicht geschlossen wurde, überzeugte durch ihre engagierte Leiterin, Frau Nickel.

Vorbei ging es am zukünftigen Sitz der Lichtenberger Bezirksverwaltung an der Straße Alt-Friedrichsfelde. Hier hat auch die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege ihren Sitz. Die Linkspartei.PDS kämpft darum, dass dieser Standort entgegen den Plänen der Wissenschaftsverwaltung des Senats erhalten bleibt.

Im Gensinger Viertel begrüßte uns das Mitglied des Kiezbeirates Helmut Hahn. Er betonte, dass dieser Kiez an Attraktivität gewinnen müsse. Bürgermeisterin Christina Emmrich verwies auf geplante Aufwertungen des Wohngebiets, z. B. durch Angebote für Seniorinnen und Senioren, sowie Projekte für junge Menschen aus sozial schlechter gestellten Familien. Für das Areal der ehemaligen Klub-



Foto: Michael Grunst

gaststätte „Kalinka“ wurde ein Investor gefunden. Dieser überlege auch einen Ersatz für den Jugendklub in Alt-Friedrichsfelde.

Derzeit werden die Entwicklungsziele für die Stadtteile sowie Maßnahmen zu deren Verwirklichung erarbeitet. Daher ermunterte Christina Emmrich die Friedrichsfelder, sich daran zu beteiligen (Fragen und Anregungen bitte per E-Mail an das Bezirksamt: [Gemeinwesenentwicklung@libg.verwalt-berlin.de](mailto:Gemeinwesenentwicklung@libg.verwalt-berlin.de)).

Anwohner sorgen sich auch um die Zukunft des Spielplatzes, der für dieses Wohngebiet wichtig ist. Das Umweltamt will ihn abreißen. Christina Emmrich und der Vorsitzende des

Helmut Hahn (links im Bild) sitzt für die Linkspartei.PDS in der BW und ist seit langem ein bewährter Streiter für seinen Kiez.

Umweltausschusses, Michael Grunst, sagten den Anwohnern Unterstützung zu. In der Kita „Gensinger Straße“ empfingen uns die Kinder, Erzieher und Eltern mit einem Programm, Kaffee und Suppe. Vielen Dank dafür.

Insgesamt war es ein gelungener Kiezspaziergang. Dank gebührt auch Stadtteilmanagerin Bettina Ulbrich, der es gelang, kompetente Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. *Michael Grunst*

## Kampftag 8. März

*Daniel Tietze sprach mit Lichtenbergs Gleichstellungsbeauftragter Regina Schmidt*

● **„info links“:** Seit 20 Jahren gibt es in Berlin Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte. Wie kann man sich deren Arbeit vorstellen?

● **Regina Schmidt:** Als Managementaufgabe auf der Führungsebene der Bezirksverwaltung in einem Netz von Kooperationsbeziehungen mit vielen Mitstreitenden innerhalb der Verwaltung, im Bezirk und darüber hinaus.

● **„info links“:** Der „Internationale Frauentag“ ist ein Symbol des Kampfes für Frauenrechte. Hat sich in diesen fast 100 Jahren etwas für die Frauen verändert?

● **Regina Schmidt:** Unsere Bedingungen sind besser geworden: Das Frauenwahlrecht ist selbstverständlich, es gibt Arbeitsschutzgesetze und Mutterschutz, es gibt eine breite Friedensbewegung. Mindestlöhne und gleichen Lohn für gleiche Arbeit werden wir auch

noch erreichen. Schwieriger wird es beim Thema Erwerbsarbeit für alle, die es wollen, oder beim Thema, „Frauen zu einer Karriere zu verhelfen“. Da wird es noch viel Ausdauer brauchen. Außerdem braucht es Chancengleichheit in allen Bereichen und einen selbstverständlichen geschlechtergerechten Haushalt in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

● **„info links“:** Wo sehen Sie die Erfolge und Baustellen im Bezirk?

● **Regina Schmidt:** In Lichtenberg gibt es seit vielen Jahren ein Frauennetzwerk. Das ist nicht selbstverständlich, doch bin ich stolz darauf, dass es über viele Jahre gelungen ist, unterschiedlichste Frauen zum Mitmachen zu motivieren. Größte Baustelle Lichtenberger Gleichstellungspolitik ist das Bezirksamt: Mit der Gleichberechtigung der Geschlechter (Gender Mainstreaming), insbesondere dem geschlechtergerechten Haushalt (Gender Budgeting), hat sich das Bezirksamt eine Jahrhundertaufgabe – Chancengleichheit der Geschlechter – zu lösen vorgenommen.

● **„info links“:** Hat sich unter der Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich die Frauenpolitik verändert?

● **Regina Schmidt:** Frau Emmrich weiß, dass es noch keine Chancengleichheit für Männer und Frauen gibt. Und sie hat den eisernen Willen, daran etwas zu ändern. Das sind sehr gute Bedingungen für die Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten.

## Solidarität leben

Die Volkssolidarität, Landesverband Berlin e.V., veranstaltet vom 1. bis 31. März ihre jährliche Haus- und Straßensammlung.

Mit den Spenden des Vorjahres konnten z. B. Kindern aus bedürftigen Familien Ausstattungshilfen für die Schuleinführung übergeben sowie Projekte und Einrichtungen der Volkssolidarität unterstützt werden. Die Volkssolidarität bittet alle, auch diesmal großzügig zu spenden.



## Auf ein Wort

Peter Fischer, Geschäftsführer der Linkspartei.PDS-Fraktion in der Lichtenberger BVV, stand „info links“ Rede und Antwort. Die Fragen stellte Joachim Pampel

- **„info links“:** Nach der inzwischen 5. Tagung der BVV: Hat sich die Fraktionsmannschaft eingespield?
- **P. Fischer:** Wir bringen in jede Tagung drei bis vier substantielle Anträge ein. Bei nur noch 23 statt bisher 32 „Mitspielern“ ist das eine bislang vertretbare Leistung. Mitglieder des Fraktionsvorstandes gehen dabei mit gutem Beispiel voran. Inzwischen sind auch 12 von 13 fachpolitischen Sprechern bestimmt, so dass wir auf allen kommunalpolitischen Feldern zulegen können. Viel Kraft mussten wir in die Benennung der Bürgerdeputierten investieren, weil wesentlich mehr infrage kamen, als Plätze vorhanden sind. Und mit der im ersten Anlauf erfolgreichen Wahl Katrin Framkes zur Bezirksstadträtin ist auch unser Team in der „Bezirksregierung“ vollständig.

- **„info links“:** Wie ist das Zusammenwirken mit den Mitgliedern des Bezirksamtes und Bezirksvorstandes? Unlängst schien es Kommunikationsprobleme zu geben?
- **P. Fischer:** Nach der Januar-Klausur, die wir mit unseren Bezirksamtsmitgliedern und dem Bezirksvorstand durchführten, stellen wir jetzt einen Arbeitsplan zusammen, der unsere Aktivitäten im ersten Jahr der Wahlperiode strukturiert, so wie sie sich aus dem kommunalpolitischen Wahlprogramm ergeben. Außer der Differenziertheit und Komplexität mancher kommunalpolitischer Prozesse gibt es keinen Grund für Kommunikationsschwierigkeiten. Bei dem großen Engagement, mit dem wir alle zu Werke gehen, gibt es sicherlich auch mal eine „Befindlichkeitsstörung“. Sie regelt sich in der Sacharbeit.
- **„info links“:** Welche nächsten organisatorischen Aufgaben stehen für Dich jetzt an?
- **P. Fischer:** Geschäftsordnung und Finanzordnung als unmittelbare Arbeitsinstrumente sind beschlossen. In der nächsten Zeit werde ich mich also stärker um deren Umsetzung in unserer Alltagsarbeit kümmern.



Peter Fischer

Foto: Joachim Pampel

## Rote Punkte

Auf der Abschlussveranstaltung zum Bürgerhaushalt 2008 (Foto) wollten viele der 500 Anwesenden ihre Lieblingsvorschläge mit möglichst vielen roten Punkten markieren. 40 Vorschläge standen zur Wahl. Dabei ging es manchmal wie auf einem Basar zu: Es wurde diskutiert und gefeilscht. Erfreulich war die hohe Beteiligung von Jugendlichen.

Die Favoriten für den Lichtenberger Bürgerhaushalt 2008 sind: Hundekotbeseitigung, Musikschule und das Regionalmanagement.

Gewonnen hat dieser Vorschlag: Erhalt der Seniorenbegegnungsstätten. Den Initiatoren ist vor allem die kulturelle Betreuung zur Förderung des gemeinschaftlichen Lebens wichtig.

Wie geht es nun weiter? Die Vorschläge werden in den Haushaltsberatungen für 2008 vom Bezirksamt und von der BVV diskutiert und im September mit dem Haushaltsplan entschieden. Hierzu sind Rechenschaftsveranstaltungen des Bezirksamtes und der BVV vorgesehen, in denen sich jeder über die getroffenen Entscheidungen informieren kann.

Hendrikje Klein



Foto: Michael Grunst

## Wahrheit und Lüge

Wir Linken tun uns schwer mit der Bewertung unserer eigenen Geschichte. Andere haben da weit weniger Skrupel. Zwei Beispiele: Am 11. Februar hatte der RBB in der aktuellen Abend-sendung Stasi-Opfer befragt. Da erklärte ein Herr Dietrich, er habe viereinhalb Jahre im Zuchthaus Brandenburg gegessen. Die Frage nach dem Grund beantwortete er so: „Weil ich nicht in die SED eintreten wollte.“ Darauf gab es keine Nachfrage des Journalisten.

Einen Tag später vor einem Media-Markt: Ein etwa 30-jähriger wird von einem Ehepaar angesprochen, weil sein Hund am Halsband eine auffällige gelbe Markierung hat. Seine Reaktion: „Gegen eine Spende sage ich den Grund. Ich bekomme nämlich nur 300 Euro.“ Dafür wollten die Leute nichts zahlen. Mein Mann bohrte nach und erfuhr: „Die gelbe Markierung bedeutet, dass ich im Kinderheim in der DDR gefoltert worden bin.“ Ist es auch Unsinn, hat es doch Methode. Hier hat einer begriffen: Die DDR zu loben bringt nichts ein, das Gegenteil schon.

Inge Uesseler

## Infos aus dem Internet

Zum Thema „Verkauf der Sparkasse Berlin“ schreibt Peter-Rudolf Zotl in seiner Wahlkreisdepesche Nummer 8 ([www.zotl.de](http://www.zotl.de)).

## Wir entscheiden!

Am 30. März beginnt in WASG und Linkspartei.PDS die Urabstimmung zur Verschmelzung beider Parteien zur neuen Partei Die Linke.

Die Abstimmungsfrage lautet: „Stimmst du dem Entwurf des Verschmelzungsvertrages zwischen WASG und Linkspartei.PDS und damit der Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente zu?“ Ja – Nein?

Bis 30. März sollten alle Mitglieder die Unterlagen per Post zugeschickt bekommen haben. Wer bis zum 10. April keine Post bekommen hat, meldet sich bitte in der Landesgeschäftsstelle (Telefon 2400 9289).

Der Landesvorstand und die Bezirksvorstände bitten Euch: Macht die Urabstimmung zum Thema der B0-Versammlung im April.

Macht eine Liste, wer da war, abgestimmt hat und wer noch angesprochen werden muss. Teilt die Verantwortlichkeit dafür auf.

Sammelt die Antwortbriefe in der B0 ein und leitet sie mit den Listen an den Bezirksvorstand weiter, der sie an den Landesvorstand weiterleitet. Das spart Geld und sorgt für eine Übersicht über die Teilnahme in den Bezirksverbänden. Ihr könnt die Antwort auch per Post direkt an die Landesgeschäftsstelle schicken. Bis 18. Mai, 18 Uhr, sollten die Antworten eingegangen sein. Am 19. Mai wird das Ergebnis ermittelt und veröffentlicht.

Wir – die Mitglieder der Partei – entscheiden jetzt, und wir sollten dafür sorgen, dass viele Genossinnen und Genossen von diesem Recht Gebrauch machen. Meine Empfehlung: Stimmt mit Ja!

Carsten Schatz,  
Landesgeschäftsführer

## Bei anderen gelesen

„Sektierertum wird der Berliner WASG vorgeworfen, seit es sie gibt. Aber woran erkennt man eigentlich eine Sekte? Zunächst ist sie im Besitz der Wahrheit. Beim Landesparteitag der Wahlalternative am Samstag trug die Wahrheit Rollkragenpullover und Fischgrätenjackett. Sie war in den Körper des Vorstandsmitglieds Michael Prütz geschlüpft, der vom Pult des Kreuzberger Bürgersaals erklärte: ‚Es ist unmöglich, den

Kurs der PDS oder der neuen Linkspartei zu verändern, das ist die Wahrheit‘.

So lautet das Grunddogma, das unter den Berliner Fusionsgegnern weder diskutiert noch begründet wird. Die Wahrheit braucht nicht bewiesen zu werden, denn sie ist wahr.“ ...

„Das Programm der Berliner WASG ist die Ablehnung der neuen Linken. Auf die zunehmende eigene Bedeutungslosigkeit reagiert man mit noch mehr Abgrenzung.“

Aus: „junge Welt“, 12.2.2007, Seite 5

## Jugendzentrum

Ein Projekt gegen Rechtsextremismus in Lichtenberg will sich verwirklichen. Gemeint ist das selbstverwaltete Jugendzentrum. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen wollen eigenständig und selbstbestimmt handeln, fernab von Autoritäten, wie sie alltäglich als Lehrer, Eltern oder auch Sozialarbeiter in Erscheinung treten. Sie wollen sich Freiräume erobern und sie nach ihren Ideen gestalten – von Anfang an.

Im selbstverwalteten Jugendzentrum soll offensiv eine Gegenkultur zum Rechtsextremismus etabliert werden. Teil dieser Strategie soll die Stärkung von verschiedenen alternativen Jugendsubkulturen sein, sich in diesem Zentrum begegnen und gegenseitig akzeptieren können.

Ebenso notwendig ist es, dass Jugendliche und junge Erwachsene erfahren, durch eigene Initiativen etwas in der Gesellschaft bewegen zu können. Das heißt: Weg von einer Konsumkultur hin zur durch eigenes Engagement geprägten und erlebten Welt, die auf das soli-

darische Miteinander von verantwortungsbewussten Bürgern begründet ist.

Doch wie sieht es momentan mit dem Zentrum aus? Die Bezirksverordnetenversammlung hat das Bezirksamt erneut beauftragt, Räume für ein solches Zentrum im Weitlingkiez zu suchen. Erste Verhandlungen laufen. Vielleicht aber kann es bald schon heißen: Willkommen im selbstverwalteten Jugendzentrum Lichtenberg.

Tina Robston

## Vattenfall – Sündenfall

Damit die geplante Milliardeninvestition von Vattenfall am Blockdammweg kein Sündenfall für Berlin wird, hat die BVV-Fraktion der Linkspartei.PDS vom Konzern verlangt, Vattenfall solle regelmäßig und öffentlich nachvollziehbar über den Stand der aktuellen Planungen berichten. Das eventuelle Verfahren für eine Kraftwerksgenehmigung sei mitsamt seiner Rechtsschutzmöglichkeiten transparent zu gestalten. Weitere Informationen zu diesem Thema gibt es im Internet unter [www.pds-lichtenberg.de/fraktion](http://www.pds-lichtenberg.de/fraktion). J. P.

## Veranstaltungen

### ● Dienstag, 6.3., 19 Uhr

„Farbe bekennen“, Gespräch über das gleichnamige Buch von und mit Walter Womacka; Clubraum Anton-Saefkow-Sporthalle, Anton-Saefkow-Platz

### ● Donnerstag, 8.3., 9 Uhr

Frauentagsfeier, Dr. Gesine Löttsch, MdB, lädt 50 Frauen in den Bundestag ein

### ● Freitag, 9.3., 18.30 Uhr

Strategieforum der Linkspartei.PDS; Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5

### ● Sonnabend, 10.3., 10 Uhr

Gedenken an die in den Märzkämpfen 1919 ermordeten Revolutionäre; „Blutmauer“, Nähe Rathaus Lichtenberg

### ● Sonntag, 11.3., 10 Uhr

5. Tagung des 10. Landesparteitages der Berliner Linkspartei.PDS; Saalbau Neukölln, Karl-Marx-Straße 141

### ● Dienstag, 13.3., 19 Uhr\*

Tagung des Bezirksvorstandes

### ● Mittwoch, 21.3., 18.30 Uhr\*\*

Beratung der Leiter der Wahlkreisaktive mit den B0-Sprechern Hohenschönhausen

### ● Donnerstag, 22.3., 17 Uhr

Tagung der BVV, Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103

### ● Sonnabend/Sonntag, 24./25.3.

2. Tagung des 10. Bundesparteitages der Linkspartei.PDS sowie Bundesparteitag der WASG; Westfalenhallen, Dortmund

Veranstaltungsorte:

\* Alfred-Kowalkestraße 14, \*\* Ahrenshooper Straße 5

## Politiker gesucht

Welcher Lichtenberger Jugendliche (16 bis 20 Jahre) möchte für vier Tage in die Rolle eines Parlamentariers des Bundestages schlüpfen? fragt die Abgeordnete Gesine Löttsch. Der Bundestag veranstaltet eine Großsimulation „Parlamentarische Demokratie“. Vom 16. bis 19. Juni werden 308 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet dort zusammenkommen und fiktive Fraktionen bilden. Wie im „echten“ Bundestag werden sie an Sitzungen teilnehmen, Debatten führen und über Gesetzesvorschläge abstimmen.

Gesine Löttsch sieht darin nicht nur einen Beitrag gegen Politikverdrossenheit: „Vielleicht entscheidet sich der eine oder andere dann sogar für eine politische Laufbahn.“

Bewerbungen sind noch bis zum 5. März möglich (Telefon: 2277 1787). Erforderliche Angaben: Vorname, Name, Anschrift.

## Kranke Gesundheitsreform

Von Steffi Schulze, MdA

Bundestag und Bundesrat haben die Gesundheitsreform – die Reform der erst vor drei Jahren verordneten Reform – beschlossen. Die Linksfraktion im Bundestag stimmte dagegen, und auch der Senat von Berlin musste sich – wegen der ablehnenden Haltung der mitregierenden Linkspartei – im Bundesrat der Stimme enthalten.

Diese Reform hat die Finanzierungs- und Effizienzdefizite unseres Gesundheitssystems nicht einmal ansatzweise erkannt, geschweige denn behoben. Die wirklichen Ursachen der ständig steigenden Kosten sind nicht beseitigt worden. Stattdessen ist das schon ohnehin durchlöchernte Solidarprinzip unserer Krankenversicherung noch einmal erheblich beschnitten worden.

### Falsche Diagnose – falsche Therapie

Vor allem auf die gesetzlich Versicherten kommen erhebliche Veränderungen zu:

- Wegen der Entlastung der Arbeitgeber werden die Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt um 7,2 Milliarden Euro steigen.
- Die Krankenkassen werden in den freien Wettbewerb geschickt, um ab 2009 möglichst viele Mittel aus einem gemeinsamen Fonds zu erhalten. Dafür dürfen sie höhere Zusatzbeiträge verlangen, ihre Leistungen kürzen, nach den billigsten Leistungsanbietern suchen. Das wird die krassen Unterschiede in der medizinischen Versorgung verstärken sowie eine Medizin der ersten, zweiten und dritten Klasse verfestigen.
- Erstmals wird es eine Kopfpauschale geben; es wird zu „Teilkasko-Tarifen“ für Junge und Gesunde sowie zu teuren „Vollkasko-Tarifen“ für Kranke kommen.
- Mit der Einführung eines „Selbstverschuldungsprinzips“ wird der Weg für zukünftige Leistungsausgrenzungen (wie z. B. bei Dickleibigkeit oder Freizeitunfällen) geebnet. Krebskranke, die nicht zur entsprechenden Vorsorge gegangen sind, haben höhere Zuzahlungen zu leisten.
- Das „Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ untergräbt die im Grundgesetz festgeschriebenen Sozialstaatsprinzipien und macht aus der Gesundheitsversicherung eine „Autoversicherung“ durch die Einführung von Wahl- und Sondertarifen.



Foto: privat

Steffi Schulze

### Ursachen für steigende Kosten

Dass sie ununterbrochen steigen, ist ein Mythos. Die tatsächlichen Kosten machen seit den siebziger Jahren nahezu konstant den gleichen Anteil am Bruttosozialprodukt aus. Allerdings verursachen die Medikamente – es grüßt die mächtige Pharmaindustrie – jetzt genauso viel Kosten wie alle anderen medizinischen Leistungen zusammen.

Zudem hat sich die Basis für die gesetzlichen Krankenkassen zur Finanzierung ihrer Leistungen durch die langanhaltende Arbeitslosigkeit, durch die zunehmende Zahl prekärer

Arbeitsverhältnisse und durch den sinkenden Anteil von Löhnen und Gehältern gegenüber anderen Einkommensarten gravierend verschlechtert.

Hinzu kommt die massive Verschiebung staatlicher Verpflichtungen auf die Krankenkassen, z. B. durch die Kürzung der Beiträge für die Krankenversicherung Arbeitsloser. Letzteres machte 2004 immerhin 4,6 Milliarden Euro aus.

Schließlich haben wir in unserem Gesundheitssystem dicht nebeneinander eine Unter-, Über- und Fehlversorgung. Die Prävention ist deutlich unterbelichtet, stationäre und ambulante Behandlung sowie Rehabilitation sind gegeneinander abgeschottet. In anderen Ländern – gerade in den skandinavischen – gibt es hingegen eine konsequent integrierte Versorgung mit einem effizienten Netz von Prävention sowie ambulanter und stationärer Versorgung, und das verursacht dann auch weitaus weniger Kosten.

### Welche Ideen hat die Linkspartei?

Die Positionen der Linkspartei sind eindeutig: Alle müssen in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen, und dazu sollen alle Einkommensarten herangezogen werden. Die Beitragsbemessungsgrenze für die hohen Einkommen sollte fallen. Der Versicherungsanteil der Unternehmen muss wieder paritätisch zum Arbeitnehmeranteil werden. Berechnungsgrundlage für alle Unternehmenssteuern soll die reale Wertschöpfung sein. Wenn ein Unternehmen Mitarbeiter entlässt, um seinen Gewinn zu erhöhen, dann sollte es wenigstens mehr in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen. Im Übrigen brauchen wir demokratische regionale Gremien, einschließlich der Krankenkassen und Betroffenenvertretungen, um die Strukturen zweckmäßig zu ordnen.

### Die Lichtenberger Mitglieder des Abgeordnetenhauses

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 30. März, 17 Uhr, Nachbarschaftstreff, Welsestraße 32
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 15. März, 17 Uhr, Klub Magnet, Strausberger Straße 5
- **Prof. Dr. Steffi Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, 19. und 29. März, 17 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 7. März, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel)
- **Harald Wolf:** ☎ 9013 8100, Termine nach Vereinbarung
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zottl:** ☎ 0151-1560 2356, 19. März, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus, und 28. März, 17 Uhr, Bücherstube M. Jacob, Konrad-Wolf-Straße 99

Alle Abgeordneten bieten auch Termine nach Vereinbarung an. Gern kommen wir in Basis- und Bürgerversammlungen und diskutieren über die aktuelle Politik des rot-roten Senats. **Ladet uns ein!**

## Arbeiten bis zur Bahre?

Von Gesine Löttsch, MdB

Im Februar reiste ich mit einer Delegation des Haushaltsausschusses in die USA. Teilnehmer waren die Abgeordneten, die sich mit dem Etat des Ministeriums für Arbeit und Soziales befassen. Wir wollten mehr über das Rentensystem, die Arbeitslosenversicherung, Rehabilitation und das Gesundheitswesen im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ erfahren.

### „Unbegrenzte Möglichkeiten“

Einen ersten Eindruck erhielten wir bereits im Flugzeug: Sämtliche Stewardessen dieser US-amerikanischen Fluggesellschaft hätten vom Alter her meine Mutter sein können. Die Erklärung ist simpel. Eben jene Fluggesellschaft hatte bei Börsengeschäften den gesamten Pensionsfonds für die Alterssicherung der Mitarbeiter verloren. In einem Gespräch vor Ort wurde uns kurz und drastisch erklärt: Du schlägst morgens die Zeitung auf und erfährst, dass sich dein ganzes Leben ab jetzt völlig ändert.

### Eingriffe in die Wirtschaft weltweit

Natürlich gibt es auch Pensionsfonds, die so sicher scheinen wie das Amen in der Kirche. Dazu gehört CalPers, der nur für den öffentlichen Dienst arbeitet, für die Verwaltung aller Ebenen, für Lehrer, Polizisten und Feuerwehrleute.

Diese Berufsgruppen schienen uns recht komfortabel abgesichert. Zusagen über die Höhe der Pensionen müssen zwingend eingehalten werden. Auch eine sehr frühe Pensionierung ist nach einer entsprechenden Dienstzeit möglich. Gut für den Einzelnen, doch immer für das Ganze?

Derart mächtige Fonds können weltweit wirtschaftliche Entscheidungen mit unkalkulierbaren Folgen für die Betroffenen vor Ort beeinflussen. Ich erinnere nur an den Verkauf des gesamten kommunalen Wohnungsbestandes in Dresden. Meine Frage, ob CalPers zum Beispiel auch Immobilien in Deutschland besitzt, sollte per Mail im Nachhinein beantwortet werden. Noch steht die Antwort aus.

### Priorität: Gefängnisbau

Im Finanzministerium von Kalifornien bekamen wir eine kleine Broschüre mit einem sehr verheißungsvollen Titel: Die Höhepunkte im Budget des Gouverneurs von Kalifornien, Arnold Schwarzenegger, für 2007 und 2008.



Foto: Büro Löttsch

Ganz oben bei den Bereichen, in die mehr Geld gesteckt werden soll, steht der Bau von neuen Gefängnissen. Nach dem Grund gefragt, erhielten wir folgende Antwort: Durch Gesetzesänderungen sind die Gefängnisstrafen verlängert worden, so dass mehr Menschen im Gefängnis sitzen. Außerdem gilt die Regel, dass bei einer dritten Verfehlung – unabhängig vom Schweregrad – zwingend eine Gefängnisstrafe verhängt werden muss.

Das aus Filmen und Literatur bekannte Gefängnis Alcatraz ist inzwischen ein Museum. Dafür sitzen im jetzigen Staatsgefängnis San Quentin in der sogenannten „Death row“ 647 Todeskandidaten. Hätte eine solche Praxis nicht auch schon längst in ein Museum gehört?

### Arbeitslosenstatistik per Telefon

Im Arbeitsministerium im Washington fragte ich, wie eigentlich der Anteil der Arbeitslosen ermittelt wird. In der politischen Debatte in Deutschland wird ja gern mit der niedrigen Arbeitslosigkeit in den USA argumentiert. Mitunter wird sogar gefordert, sich die USA gerade in dieser Hinsicht als Beispiel zu nehmen. Umso mehr erstaunt die Antwort auf meine Frage unsere Delegation:

Einmal im Monat werden 60 000 Haushalte telefonisch befragt, u. a. nach Arbeitslosigkeit und Aktivitäten zur Jobsuche. Auf Grundlage dieser Umfrage rechnet das Arbeitsministerium dann seine Statistiken hoch. Wenn man weiß, dass der Datenschutz in den USA weit

*Gesine Löttsch in der Ausstellung „Auf den Flügeln des Pegasus“ in der Anna-Seghers-Bibliothek. In den Händen hält sie ihren neuen Bibliotheksausweis mit dem Pegasus-Logo.*

geringer ausgeprägt ist als in Deutschland, relativieren sich die Statistiken schnell. Die einzelnen Bundesstaaten müssen Vorsorge für Arbeitslosigkeit schaffen. Die zahlreichen Billig- und Schwarzarbeiter erhalten aber nichts aus dem Fonds.

### Nachbemerkung

Natürlich kann man in den USA wunderbare Reisen unternehmen, Natur und Sehenswürdigkeiten genießen und in großartigen Museen Kunstwerke bestaunen. Man kann sich über die Kämpfe für Unabhängigkeit und Abschaffung der Sklaverei informieren. Aber: Das war nicht Zweck unserer Reise ins „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“.

### Kontakt

- Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar: Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787.  
**Sprechstunde:** 14. März, 17 Uhr, Wahlkreisbüro

Sehr gern komme ich in Einwohner- und Basisberatungen. **Ladet mich ein!**



## Legenden um Ernst Busch

Am 22. Januar, dem Geburtstag Ernst Buschs, veranstaltete das „studio im hochhaus“ eine besondere Ehrung des Volkssängers – ein Gespräch mit Carola Schramm und Jürgen Elsner. Sie lasen aus ihrem Buch „Dichtung und Wahrheit. Die Legendenbildung um Ernst Busch“, begleitet von ausgewählten Originalaufnahmen. Ein zum Mit- und Nachdenken anregender Abend.

Legenden um Ernst Busch nachzugehen, hat etwas mit Aufklärung zu tun. Denn er machte aus seinem Herzen keine Mördergrube, er war überzeugt von seiner künstlerischen und politischen Arbeit und durchaus nicht pflegeleicht – nicht für Bewunderer und schon gar nicht für Kritikaster und Administratoren.

Wie kleinkariert man während der 50er Jahre den weltberühmten Sänger und überzeugten Sozialisten in seiner selbstgewählten politischen Heimat disziplinieren wollte und

ihn, als das nicht gelang, weitgehend aus der Öffentlichkeit verbannte – das ist erschreckend und beschämend, und es wird hier mit einer Fülle von Dokumenten nachgewiesen. Später versuchten die Verantwortungsträger der DDR wiedergutzumachen: Ernst Busch bekam die Möglichkeit, sein gesamtes künstlerisches Werk in der Edition „Aurora“ herauszugeben, er wurde mit Ehrungen überhäuft und auf den Sockel gehoben. Entschuldigt hat sich keiner.

Mit Beifall und einem lebhaften Gespräch dankten die Anwesenden den Autoren. Allerdings kann ich das aus zwei Halbbänden und einer CD bestehende Werk nicht mit gutem Gewissen empfehlen – dazu ist es zu teuer. Wenigstens habe ich hier aber den Titel genannt.

*Inge Junginger*

- Carola Schramm & Jürgen Elsner: „**Dichtung und Wahrheit – die Legendenbildung um Ernst Busch**“, Trafo Verlag, Berlin 2006. Erster Halbband: 34,80 €, ISBN 3-89626-591-1; Zweiter Halbband: 37,80 €, ISBN 3-89626-592-X; CD: 7,80 €, ISBN 3-89626-640-3



**Erwin Geschonneck – eine deutsche Biografie**

Noch bis zum 16. März präsentiert das Museum Lichtenberg eine Ausstellung zum 100. Geburtstag des Schauspielers und Kommunisten Erwin Geschonneck. Diese Ausstellung von „Theater der Zeit“ wurde zuvor nur in der Akademie der Künste gezeigt. Gehen Sie hin – es lohnt!

Museum Lichtenberg im Stadthaus  
Türschmidtstraße 24, ☎ 5779 7388-12  
Öffnungszeiten: Di – Fr, So: 11 – 18 Uhr

Foto: Ausstellungsflyer

## info links

### Herausgeber

Die Linkspartei.PDS – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

### Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: [lichtenberg@pds-berlin.de](mailto:lichtenberg@pds-berlin.de)

Web: [www.dielinke.pds-lichtenberg.de](http://www.dielinke.pds-lichtenberg.de)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für 2/07: 26.2.2007

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 3/07:

Mittwoch, 14.3. und 28.3., jeweils 16 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 26.3.2007

Die nächste Ausgabe erscheint am 5.4.2007

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

## Kultur im Bezirk

- **Mittwoch, 7.3., 14.30 Uhr**  
Klassik bei Kerzenschein: „Anekdoten und Musik“, Kunsthonig e.V.; Begegnungsstätte für Senioren und Vorruehändler, Hönowener Straße 30a
- **Mittwoch, 7.3., 15.30 Uhr**  
„Ich wag ein Wort – Lieder, Geschichten und Satire zur Lage“, Angelika Neutschel, musikalisch begleitet von Irene Wittermann; Sozio-kulturelles Zentrum Alt-Lichtenberg, Hagenstraße 57
- **Donnerstag, 8. März, 10 – 19 Uhr**  
Unter dem Motto „Ein ganzes Haus für Frauen“ stellen sich anlässlich des Internationalen Frauentages die Projekte des „Lichtenberger Frauennetzwerkes“ vor. Soziokulturelles Zentrum von BALL e.V., Strausberger Straße 5
- **Freitag, 9.3., 19 Uhr**  
Buchpremiere: „Sire, das war ich“, Heiner Müller – „Leben Gundlings Friedrich von Preußen, Lessings Schlaf Traum Schrei“; Ratskeller, Möllendorffstraße 6
- **Sonntag, 11.3., 16 Uhr**  
Lyrikabend: „Wie Segel gebleicht aus dem Muschelhorn“, Gudrun Schreiber liest neue Gedichte, Musik: Christian-Gilles Sabot (Gitarre); studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Mittwoch, 21.3., 14.30 Uhr**  
Tanz zum Frühlingsanfang; Begegnungsstätte für Senioren und Vorruehändler, Hönowener Straße 30a
- **Donnerstag, 22.3., 14.15 Uhr**  
Chorkonzert: „Bella Musica“; Seniorenbegegnungsstätte „Judith Auer“, Judith-Auer-Straße 8
- **Freitag, 23.3., 19.30 Uhr**  
Ausstellungseröffnung: „Peter Krauskopf“; Mies-van-der-Rohe-Haus, Oberseestraße 60
- **Sonnabend, 24.3., 17 Uhr**  
Premiere: „Paganini“, Operette von Franz Lehár; Theater Karlshorst, am S-Bahnhof
- **Sonnabend, 24.3., 19.30 Uhr**  
Filmklassiker in der Galerie: „Andrej Rubljow“, Teil 2; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Sonnabend, 31.3., 17 Uhr**  
„Die große Abschiedsgala“, 7 Jahre Theater Karlshorst; Theater Karlshorst
- **Noch bis 29.4.**  
Ausstellung: Kurt Buchwald, Fotografie AUS(VER)SEHEN; studio im hochhaus, Zingster Straße 25 (Mo – Do: 11 – 19 Uhr, Fr: 11 – 16 Uhr, So: 14 – 18 Uhr)